

Schwerer Abschied

Von Kurt R. Spillmann

Wie viel leichter ist feiernde Rückbesinnung als zeitgeschichtliche Analyse. Zeitgeschichte ist keine wirklich vergangene Geschichte, sondern die in die Aktualität hineinwirkende Vergangenheit. Zeitgeschichte ist nicht Gemeinschaft stiftende kollektive Erinnerung, sondern die Beschäftigung mit den Ursprüngen von Problemen, die uns heute beunruhigen. Sie ist nicht geeignet, Gemeinschaft zu zelebrieren, sondern eher dazu angetan, die politisch kontroverse Debatte über Fragen und Weichenstellungen von Gegenwart und Zukunft zu stimulieren. Zum Missvergnügen vieler Zeitgenossen muss auf Anstoss von aussen jetzt auch die Schweiz sich intensiver mit ihrer Zeitgeschichte befassen. Eine eidgenössische Kommission ist mit ihrer „Aufarbeitung“ beschäftigt. „Arbeiten“ an der Geschichte: Schon der Begriff steht im Gegensatz zur kollektiven Selbstbestätigung, die wir bis anhin in ausgewählten Erinnerungsbildern feierten.

Jede Nation stilisiert ihre Rückbesinnung, nimmt selektiv wahr und wendet ihre Aufmerksamkeit ausschliesslich jenen ausgewählten Momenten der Vergangenheit zu, in denen die eigenen Vorfahren besonders heldenhaft oder in anderer Weise besonders erfolgreich handelten. Von dieser Art der selektiven Geschichtsbetrachtung nehmen wir ungern Abschied. Es fällt schwer, die feierliche Erinnerung an etablierte Geschichtsbilder vom Rütli-Schwur bis zum Rütli-Rapport, von Morgarten bis zum Reduit, von Winkelried bis zur „bewaffneten Neutralität“ und zur „dynamischen Raumverteidigung“ plötzlich durch Begriffe wie „Boot-ist-voll-Politik“, Judenstempel, namenlose Konten, Golddrehscheibe ergänzt sehen zu müssen.

Auch andere Geschichtsbilder sind ergänzungs- und revisionsbedürftig. Insbesondere das Bild von der sich ohne fremde Hilfe selbst verteidigenden Schweiz ist so elementar schweizerisch, so archetypisch von Morgarten bis zum Zweiten Weltkrieg, dass es auch zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und der bipolaren Weltordnung noch fast unerschütterte Akzeptanz genießt. Von dieser Vorstellung fällt der Abschied besonders schwer. Ihn muss die Schweiz im eigenen besten Interesse von sich verlangen.

Ob als Igel oder als Stachelschwein symbolisiert: Der trotzig Alleingang war den Schweizern eine stolze Erinnerung und durch seine lange Erfolgsgeschichte auch zugleich ein Leitbild für die Zukunft. „Der Starke ist am mächtigsten allein“ lasen die Schweizer in ihrem Nationalepos, Schillers Wilhelm Tell, und fühlten sich bestätigt. So war es immer gewesen, sagte die offizielle Lesart der

nationalen Geschichte, unter Ausblendung so unangenehmer Episoden wie der Niederlage von Marignano, der zahlreichen Bürgerkriege, der demütigenden Unterwerfung durch Napoleon, der wirtschaftlichen Zugeständnisse an Hitler. Allein zu sein gegen feindliche Übermacht schreckte die Schweizer weniger als die Befürchtung, durch voreilige Bündnisse die politische Unabhängigkeit zu verlieren und in die Hegemonialkämpfe der grossen Nachbarstaaten hineingezogen und in ihnen zerrieben zu werden.

Dieses Schreckbild sitzt tief und löst – bei allen Gefühlen der Freundschaft Deutschen, Franzosen, Italienern, Österreichern gegenüber – noch immer ein heimliches Grauen aus. Noch immer weht der lange Bart Niklaus‘ von Flüe aus dem 15. Jahrhundert in unsere Zeit herüber und sein erhobener Zeigefinger mahnt: „Mischt euch nicht in fremde Händel!“ oder „Machet den Zaun nicht zu weit!“ Es ist verständlich, dass dem Mystiker aus dem Flüeli-Ranft jede Öffnung gegenüber der Welt – auch die politische – zuwider war. Aber kann sein Rückzug aus der Welt noch immer ein Vorbild für die Schweiz am Beginn des 21. Jahrhunderts sein?

Selbständigkeit und Unabhängigkeit sind die Schlüsselbegriffe, die in allen sicherheitspolitischen Grundlegendokumenten der modernen Schweiz wiederkehren. Begriffe wie Solidarität oder Kooperation findet man dagegen kaum. Und traditionellerweise waren die Schweizer immer bereit, ihre Unabhängigkeit allein zu verteidigen und für ihre Aufrechterhaltung einen hohen Preis zu bezahlen, von Wilhelm Tell, der sich vor dem Symbol einer fremden Macht nicht verneigen wollte, bis zu General Guisan, der die Unabhängigkeit der Schweiz im Reduit erhalten wollte und dafür das Mittelland zu opfern bereit war. Und durch den Kalten Krieg galt als zentrale verteidigungspolitische Doktrin die Dissuasions-These vom „hohen Eintrittspreis“ für jede ausländische Macht, die es wagen sollte, in die Schweiz einzudringen, gleichgültig ob aus Ost oder aus West. Die Tatsache, dass die schweizerische Unabhängigkeit wesentlich durch die „Extended Deterrence“, die Abschreckungswirkung der amerikanischen Nuklearwaffen im Rahmen der Nato, mitgesichert war, war längste Zeit kein Bestandteil des öffentlichen Bewusstseins oder des sicherheitspolitischen Diskurses.

Die Schweiz war bereit, den Abwehrkampf „ab Grenze“ zu führen, unter Verzicht auf Entlastungsschläge über die Grenze hinaus. Das musste auch bedeuten, dass die Schweiz theoretisch bereit war, die ganze Zerstörungswucht eines modern gerüsteten, das heisst mit schweren Mitteln operierenden Gegners, auf eigenem Gelände zu absorbieren. Die Aufrechterhaltung dieser strategischen Grundhaltung war in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft eine strategische Entscheidung mit buchstäblich unabsehbaren Folgen. Sie war eigentlich nur aufrecht zu erhalten unter einer absolut

gesetzten „Lieber-tot-als-rot“-Philosophie, die lieber die eigene Existenz als die eigenen Werte opferte. Diese Opferbereitschaft bis zum letzten war die ernsthafte Haltung der grossen Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs. Der Nationalsozialismus war die Verkörperung des Bösen, mit dem es keinen politischen Kompromiss gab. (Sich an die wirtschaftlichen Kompromisse zu erinnern, macht der Schweiz als zeitgeschichtliches Problem nachträglich schwer genug zu schaffen.) Nicht wenige Schweizer sahen in der darauffolgenden Epoche des Kalten Krieges im Kommunismus die direkte Fortsetzung der Verkörperung des Bösen, mit dem keine Kompromisse zu machen waren.

Aber jetzt? Die Diktaturen von rechts wie von links sind aus dem schweizerischen Umfeld verschwunden. Alle Nachbarstaaten vertreten die gleichen Grundwerte von offenen Gesellschaften mit Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Warum ist die Schweiz so desinteressiert an einer engeren Zusammenarbeit mit diesen Nachbarstaaten? Der Bundesrat hat zwar in Brüssel das Beitrittsgesuch zur Europäischen Union deponiert, doch will ein grosser Teil der Bevölkerung noch immer die Mitgliedschaft in der Europäischen Union vermeiden und verspricht, einem Staatsvertrag mit der EU eine klare Abfuhr zu erteilen.

Und im sicherheitspolitischen Bereich scheinen die Widerstände gegen jede Öffnung erst recht tief zu wurzeln. Im sicherheitspolitischen Bericht von 1990 deklarierte der Bundesrat zwar das neue sicherheitspolitische Ziel, einen „Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa“ leisten zu wollen. Aber zu welchen Leistungen der Kooperation und Solidarität hat sich die Schweiz bisher durchgerungen? Sie ist mit Blau- und Gelbmützen an internationalen Aktionen der Friedenssicherung, zum Beispiel in Bosnien, beteiligt. Sie nimmt seit Ende 1996 sogar an der von der Nato begründeten „Partnerschaft für den Frieden“ teil und ist dadurch ohne weitere aktive Massnahmen auch Mitglied des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates geworden. Aber in der denkwürdigen Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 hat die Schweiz die Aufstellung eines bewaffneten Bataillons von 600 Blauhelm-Soldaten für internationale Einsätze abgelehnt. Und noch immer ist die Diskussion über Vor- und Nachteile einer Nato-Mitgliedschaft der Schweiz – völlig unabhängig von jedem Interesse der Nato, die Schweiz als neues Mitglied in Erwägung zu ziehen – kein salonfähiges Thema. Die schweizerische Sicherheitspolitik, die Militärstrategie und – noch deutlicher – die Armeekonfiguration sind noch immer auf den praktischen Alleingang, auf die Rundumverteidigung ab Grenze ausgelegt.

Es ist seltsam, dass die Schweiz als modellhafte „Konsensdemokratie“ mit ihrer besonders breiten Erfahrung im Umgang mit Kompromissfindung und Interessenausgleich auch heute noch keine sicherheitspolitische Interessengemein-

schaft mit ihren Nachbarn anstrebt, sondern eine ausgesprochen intransigente Aussen- und Sicherheitspolitik betreibt. Die „Sonderfallsmentalität“ wird zwar in vielen Freundschaftsbezeugungen gegenüber unseren Nachbarn bestritten. Sie lebt aber in einem zentralen sicherheitspolitischen Bereich, dem der Armee, fast ungebrochen weiter. Auch die Mitgliedschaft in der OSZE kann hier nicht als Gegenbeweis gelten, da die OSZE von ihren Mitgliedern kein konkretes militärisches Engagement und keine physische Verpflichtung ihrer Soldaten verlangt.

Aus ihren innenpolitischen Voraussetzungen heraus ist die Schweiz ein Land, das Politik gerade nicht als Nullsummenspiel betrachtet oder betreibt. Um so schwerer verständlich ist die seltsame Inkongruenz zwischen pragmatischer Innenpolitik und hoch ideologischer, zu keinem Kompromiss bereiter Aussen- und Sicherheitspolitik.

Glücklicherweise ist dem Schweizer Volk während der Zeit des Kalten Krieges erspart geblieben, seine Opferbereitschaft und Entschlossenheit, zum Äussersten zu gehen, unter Beweis stellen zu müssen. Die Debatte zwischen Militärs und Vertretern der zivilen Gesellschaft über die gleichzeitigen Anforderungen von „totaler Landesverteidigung“ und „Existenzsicherung auf längere Sicht“ hätte mit Sicherheit noch eine ganz andere Dringlichkeit und Härte angenommen, als sie es schon während des Zweiten Weltkrieges tat.

Sofern also nicht nur der kompromisslose Abwehrkampf an sich, sondern auch das Weiterleben des Staates und der zivilen Gesellschaft – die Existenzsicherung also – ins Auge gefasst wird, empfiehlt sich ein Abschied von der Tradition der Selbstaufopferung im Dienste der „höheren Werte“. Winkelried soll der Legende nach mit den Worten gestorben sein: „Sorgt für mein Weib und meine Kinder!“ Der eigentliche Sinn des Heldentodes lag im Überleben der Nachkommen in Freiheit und Unabhängigkeit. Zerstörungen der Überlebensbasis, wie sie unsere heutige hochdifferenzierte und hochverletzliche Kommunikationsgesellschaft treffen könnten, waren damals noch nicht vorstellbar. Das Land konnte mit damaligen Mitteln nicht nachhaltig zerstört werden, und befreites Land konnte seine Bebauer mindestens im nächsten Jahr wieder ernähren. Selbst im Zweiten Weltkrieg kam im „Plan Wahlen“, das heisst in der sogenannten „Anbauschlacht“, die Überzeugung der grossen Mehrzahl der Schweizerinnen und Schweizer zum Ausdruck, die Schweiz könne sich immer noch – mindestens für gewisse Zeiten – aus eigenen Ressourcen versorgen und sich so während Krisenzeiten durchschlagen. Seither ist die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen auf rund zwei Prozent der Bevölkerung zurückgegangen. Zwar hat dank neuer Anbaumethoden, ergiebigeren Sorten und besseren Düngern der Ertrag der Schweizer Landwirtschaft trotz schrumpfender Fläche

zugenommen. Dennoch ist die Vorstellung von einer autarken, sich selbst versorgenden Schweiz heute reine Romantik.

Der Grad der schweizerischen Vernetzung mit ihrer Umwelt hat seit dem Zweiten Weltkrieg in jeder Beziehung um ein Mehrfaches zugenommen. Ein Grossteil der Arbeitsplätze in der Schweiz ist heute abhängig von Rohstoffen, Märkten oder Kommunikationslinien, die aus dem Ausland kommen, ins Ausland gehen oder deren Entscheidungszentren sich im Ausland befinden. Geographische Grenzen haben – mindestens für die Wirtschaft und in der Weltwahrnehmung der in den westlichen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften heranwachsenden jungen Generation – ihre absolut trennende Funktion verloren. Alltägliches Handeln in transnationalen, ja globalen Zusammenhängen ist für eine wachsende Zahl der an massgebender Stelle Beschäftigten auch in der Schweiz zur Selbstverständlichkeit geworden. Damit nimmt für die jüngeren Schweizerinnen und Schweizer auch die Relevanz der „Wacht am Rhein“ ab, die der Zweit-Weltkriegsgeneration noch so viel bedeutet. Fragen nach dem Sinn der Armee und der Verteidigungsausgaben werden gestellt und von der Linken neu thematisiert. Wer nicht eine überzeugende Antwort zu geben vermag auf die Fragen nach dem Sinn unserer Landesverteidigung in einer Welt nach dem Kalten Krieg, riskiert, zum stillschweigenden Helfer einer neuen Armeeabschaffungsinitiative zu werden. Und diese Antwort kann heute nicht mehr in der unreflektierten Fortschreibung der Tradition des autarken Abwehrkampfes ab Grenze bestehen, sondern muss zur Kenntnis nehmen, dass Sicherheit angesichts der internationalen Vernetzung umfassender definiert und Sicherheitsräume angesichts der Reichweite von modernen Erpressungs- und Massenvernichtungsdrohungen umfassender umschrieben werden müssen. Die neue Sicherheit kann nur kooperativ sein, und das gilt auch für die Schweiz.

Aber der Abschied von der Zweit-Weltkriegsmentalität fällt schwer. Es muss damit sein wie mit den Landwirtschaftsvorlagen im Parlament: Auch wenn nur noch rund zwei Prozent der schweizerischen Bevölkerung vollamtlich in der Landwirtschaft tätig sind, so ist die „Agrarlobby“ im Parlament doch immer noch stark genug, um die Landwirtschaft durch eine konsequente Subventionspolitik vor den Einwirkungen des realen Marktgeschehens erfolgreich abzuschirmen. Eigene Erinnerungen an die bäuerliche Herkunft, die für die meisten Schweizer erst wenige Generationen zurückliegt, verbinden sich bei vielen Parlamentariern mit vagen Erinnerungen an die Anbauschlacht des Zweiten Weltkrieges und mit einer fast reflexhaften Abwehrhaltung, die Abhängigkeit vom Ausland als mittlerweile unabänderliches und selbstverständliches Faktum hinzunehmen.

Abhängigkeit ängstigt. Es ist nicht das erste Mal, dass die Schweiz aus Angst vor Veränderungen sich in einer Art patriotischem Fundamentalismus an Handlungsmaximen aus der Vergangenheit klammert. Angst aber ist ein schlechter Ratgeber. Die Schweiz musste die Demütigung der napoleonischen Besetzung hinnehmen, bis sie bereit war, sich allmählich vom traditionellen Geschichtsbild der kantonalen Souveränität zu verabschieden. Hätten die eidgenössischen Orte 1798 gemeinsam ihr Territorium verteidigt, sie hätten Napoleon ganz ordentlich herausfordern können. Doch die alte Schwäche der Eidgenossenschaft – das unbedingte Festhalten an der einzelörtischen Souveränität – führte zum Untergang der Alten Eidgenossenschaft, genau wie schon bei Marignano der Entscheid einzelner Orte, ihre Truppenkontingente frühzeitig zurückzuziehen, zur schweren Niederlage geführt hatte.

Erst im Sonderbundskrieg wurde der gesamteidgenössische Staatswille per Diktat der liberalen Mehrheit durchgesetzt. Aber die liberale Mehrheit ging – typisch eidgenössisch im guten Sinn – sehr pfleglich mit der unterlegenen Minorität um. Im Bereich der Sicherheitspolitik wurde die kantonale Souveränität besonders geschont und Ausbildung und Ausrüstung der kantonalen Kontingente des eidgenössischen Heeres immer noch den Kantonen überlassen. Das führte anlässlich der ersten eidgenössischen Grenzbesetzung 1870/71 beinahe zum Debakel. General Herzog jedenfalls unterbreitete dem Bundesrat Ende 1870 seine Demission, so frustriert war er ob der Mängel in Ausbildung und Ausrüstung einzelner kantonalen Kontingente. Die Konsequenzen wurden erst nach Kriegsende gezogen: In der revidierten Verfassung und der neuen Militärorganisation von 1874 wurde die Stellung der Eidgenossenschaft auf Kosten der Kantone gestärkt. Von da an war die Eidgenossenschaft der massgebende Sicherheitsraum, nicht mehr der einzelne Kanton.

Der Abschied von überholten Leitbildern fiel schon immer schwer. Heimat ist zunächst der kleine Lebensraum des Einzelnen. Je grösser die Eidgenossenschaft wurde, desto schwieriger wurde es, vermeintlich „fernab liegende“ neue Mitglieder als „dazugehörig“ zu empfinden. Man musste von lokalen Besonderheiten und Unterschieden abstrahieren und das Einigende, das gemeinsame Interesse, sehen lernen. Die vom 15. bis zum 19. Jahrhundert regelmässig wiederkehrenden innereidgenössischen Spannungen und Bürgerkriege dokumentieren, wie mühsam und langwierig dieser Prozess schon immer war. Die Bildung und Konsolidierung der Eidgenossenschaft brauchte Jahrhunderte. Heute steht der nächste Schritt bevor: Die Wahrnehmung der gemeinsamen europäischen Interessen.

Der heute dringliche Übergang zu einem neuen Denken in europaweiten sicherheitspolitischen Bezügen wird noch Zeit benötigen. Die ersten Schritte in die richtige Richtung sind mit der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frie-

den, mit der Mitgliedschaft im Euro-atlantischen Partnerschaftsrat und in der OSZE gemacht. Es ist zu hoffen, dass der Bericht der Kommission Brunner und der im Anschluss daran zu erwartende neue sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates energisch den Weg zur kooperativen Sicherheitspolitik im europäischen Rahmen weiterverfolgt. Es gilt, von alten Modellen Abschied zu nehmen und sich mit der Welt nicht länger aus historischer, sondern aus gegenwärtiger Perspektive auseinanderzusetzen.

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich 1998.

Bulletin 1997/ 98
zur schweizerischen Sicherheitspolitik

edited by
Kurt R. Spillmann

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

